

3.3.

Kurzfassung der Treiberanalysen

Wie haben sich die gesellschaftlichen Schlüsselprozesse im Hinblick auf die Klimawende in Deutschland verändert – und in welchem Maße tragen sie zum Erreichen des Ziels der Klimaneutralität bei? Nach den Analysen zur Resonanzfähigkeit der Klimawende und dem aktuell beobachtbaren anti-ökologischen Backlash fassen wir im Folgenden die wesentlichen Ergebnisse der Treiberanalysen zusammen. Ziel ist es, die anschließende Plausibilitätsbewertung nachvollziehbar zu machen.

Die folgenden Zusammenfassungen entsprechen einem *Executive Summary*: Sie bündeln die zentralen Punkte zu jedem untersuchten Schlüsselprozess, zur jeweiligen Dynamik und zu den sich wandelnden Kontextbedingungen, die diese Dynamiken ermöglichen oder hemmen. Darauf aufbauend nehmen wir eine treiberspezifische Bewertung vor, in der wir prüfen, inwiefern der jeweilige Prozess die Klimawende in Deutschland derzeit unterstützt. Tabelle 1 bietet einen synthetisierten Überblick über die zentralen Ergebnisse; Grundlage der Bewertung bleiben jedoch die detaillierten Treiberanalysen im zweiten Teil dieses Berichts. Leser*innen, die die Argumentation im Detail nachvollziehen möchten, laden wir ein, diese Analysen heranzuziehen.

Bewertungslogik

Die Bewertung der Treiber orientiert sich an den Kategorien des *Hamburg Climate Futures Outlook* und wurde um eine Kategorie erweitert. Für jeden Treiber wird beurteilt, ob er die Klimawende

- ▶ *vollumfänglich unterstützt* (d. h. eine Klimaneutralität bis 2045 plausibel macht),
- ▶ *überwiegend unterstützt* (d. h. eine Dekarbonisierung befördert, aber nicht tief oder schnell genug für das Erreichen der Ziele),
- ▶ *teilweise unterstützt* (d. h. in Richtung einer Dekarbonisierung wirkt, aber auch gegenläufige Dynamiken zeigt, sodass Tempo und Tiefe der Transformation deutlich unzureichend bleiben),
- ▶ *ambivalent beeinflusst* (d. h. widersprüchliche Dynamiken zeigt, die sich weitgehend ausgleichen)
- ▶ *verhindert* (d. h. überwiegend gegen die Transformation wirkt).

Diese Einschätzung bezieht sich auf die absehbare Wirkung der Treiber auf Grundlage unserer Analyse von Dynamik und Kontextbedingungen. Sie erfolgt im Rahmen eines Modells des Wandels, das berücksichtigt, dass die Treiber in unterschiedlicher Weise

auf die Klimawende einwirken und deren Trajektorie mehr oder weniger direkt beeinflussen können (vgl. Box 1).

So kann etwa von der Klimabewegung nicht erwartet werden, dass sie die Transformation eigenständig umsetzt. Ihr Beitrag liegt vielmehr darin, Druck auf politische Prozesse auszuüben und kulturelle wie gesellschaftliche Veränderungen anzustoßen, die eine umfassende Klimawende ermöglichen. Demgegenüber hat das Unternehmenshandeln naturgemäß einen direkteren Einfluss auf die Emissionsentwicklung. Allerdings lässt sich auch hier nicht erwarten, dass Unternehmen die politischen oder marktlichen Rahmenbedingungen eigenständig verändern, in denen sie agieren. Bewertet wird daher, in welchem Umfang Unternehmen im Rahmen ihrer realistisch anzunehmenden Möglichkeiten – in ihren internen Prozessen, ihren Investitionsentscheidungen, ihrer Kommunikation und ihren Versuchen der politischen Einflussnahme – zur Klimawende beitragen, oder eben nicht.

Integration und Ausblick

Die Einzelbetrachtung der Treiber wird im Anschluss um eine Analyse ihrer Wechselwirkungen ergänzt, die in den kommenden Jahren systematisch weiter ausgebaut wird. Die Zusammenschau der Treiberbewertungen und ihrer Wechselwirkungen bildet schließlich die Grundlage für die Plausibilitätsbewertung der gesellschaftlichen Dynamiken der Klimawende.

Deutsche Klimapolitik im europäischen Rahmen

Die nationale Politik gilt gemeinhin als zentrale Schaltstelle der Transformation – auch wenn sie zunehmend im Rahmen europäischer und internationaler Politikprozesse agiert und in vielfältige gesellschaftliche Dynamiken eingebettet ist. Der Treiber umfasst das Regierungshandeln, die Gesetzgebung und die politische Kommunikation im Bereich der Emissionsminderung ebenso wie klimarelevante Entscheidungen und Regulierungen in angrenzenden Politikfeldern.

Im Mittelpunkt steht dabei die deutsche Klimapolitik in enger Wechselwirkung mit der europäischen Ebene. Ihren institutionellen Handlungsrahmen bilden das Pariser Klimaabkommen (2015), der Europäische Green Deal (2019) und das

Bundes-Klimaschutzgesetz (KSG, 2019, novelliert 2024). Gemeinsam verankern sie verbindliche Langfristziele und etablieren ein Verfahren iterativer Politikplanung zur Umsetzung dieser Ziele. Damit bilden sie den institutionellen Kern der deutschen Klimapolitik.

Dynamik: Nach Jahren erheblicher Fortschritte insbesondere in der Energiepolitik und teilweise in der Transformation der Industrie hat sich die Dynamik der deutschen Klimapolitik zuletzt abgeschwächt. Die Bilanz der Ampelregierung zeigt zwar deutliche Erfolge beim Ausbau erneuerbarer Energien – 2024 lag ihr Anteil an der Bruttostromerzeugung bei 54 Prozent – und beim Rückgang der Emissionen – insgesamt –48 Prozent gegenüber 1990. Doch die Sektoren Verkehr und Gebäude verfehlten ihre Ziele zum wiederholten Mal, und es fehlt an einem Gesamtansatz, der den Rückbau fossiler Infrastrukturen und soziale Gerechtigkeit zusammendenkt.

Zudem brachte der Wahlkampf 2025 eine deutliche Prioritätenverschiebung: Sicherheits-, Wirtschafts- und Migrationsthemen verdrängten Klimaschutz von der politischen Agenda. Die neue Koalition aus SPD und CDU/CSU bestätigt zwar das Ziel der Klimaneutralität 2045, setzt jedoch kaum neue Impulse. Vielmehr enthält der Koalitionsvertrag Maßnahmen, die den Klimazielen zuwiderlaufen – etwa die Wiedereinführung der Agrardieselförderung, die Abschaffung und Neufassung des Gebäudeenergiegesetzes, die Erhöhung der Pendlerpauschale und den Ausbau von Gasförderung. Mit der Verlagerung der Zuständigkeiten auf unterschiedliche Ministerien verliert der Klimaschutz institutionell an Gewicht.

Auf europäischer Ebene war der EU Green Deal zunächst ein Stabilitätsanker. Unter der zweiten Kommission von der Leyen verschiebt sich jedoch auch hier der Fokus. Die Omnibus-Pakete (2025) setzen auf Bürokratieabbau und Unternehmensentlastung: Berichtspflichten der Corporate Sustainability Reporting Directive (CSRD) sollen deutlich reduziert, Schwellenwerte für Offenlegungspflichten erhöht und verbindliche Klimatransitionspläne abgeschwächt werden. Damit droht eine Erosion des europäischen Nachhaltigkeitsrahmens, die auch den deutschen Regulierungsdruck mindert.

Zwar prognostizieren Berechnungen eine ungefähre „Punktlandung“ Deutschlands beim Emissionsbudget bis 2030. Die Treibhausgasreduktion bis dahin dürfte hingegen mit rund 63 Prozent knapp am 65-Prozent-Ziel vorbeischrappen. Neben den Sektoren Verkehr und Gebäude drohen auch Zielverfehlungen in der Landnutzung. Deutschland droht zudem, seine Verpflichtungen unter der Effort Sharing Regulation (ESR) zu verfehlen, was den Erwerb von Emissionsrechten notwendig machen könnte. Auch das Ziel der Treibhausgasneutralität bis 2045 würde mit aktuellen Maßnahmen verfehlt.

Kontext: Die deutsche Klimapolitik steht zunehmend unter dem Druck geopolitischer,

wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Gegenbewegungen. Die Rückkehr Donald Trumps und der US-Ausstieg aus dem Pariser Abkommen markieren einen massiven Rückschlag für die globale und europäische Klimadiplomatie. Gleichzeitig erhöhen Kriege in der Ukraine und im Nahen Osten das Gewicht sicherheitspolitischer Prioritätssetzungen.

Wirtschaftlich bleibt der Fortschritt bei erneuerbaren Energien ein Lichtblick: Dank fallender Kosten und eines europäischen CO₂-Preises von 60 bis 70 Euro pro Tonne erreichte der Anteil fossiler Energien im EU-Strommix 2024 mit 29 Prozent ein Rekordtief. Doch droht die erhöhte Nachfrage durch Digitalisierung, Aufrüstung und künstliche Intelligenz diese Fortschritte wieder zu konterkarieren.

Institutionell eröffnet das 500-Milliarden-Euro-Sondervermögen mit 100 Milliarden für den Klima- und Transformationsfonds neue Spielräume. Ob diese Mittel tatsächlich für Dekarbonisierung genutzt werden, bleibt angesichts wachsender Konkurrenz mit Verteidigungs- und Industrieausgaben offen. Zugleich wurde durch die Novelle des Klimaschutzgesetzes 2024 die sektorspezifische Nachsteuerungspflicht abgeschafft, was den rechtlichen Druck zur Zielerreichung weiter mindert.

Gesellschaftlich verschiebt sich der Diskurs: Klimaschutz verliert an Resonanz und wird zunehmend zum Gegenstand konflikthafter Auseinandersetzungen. Proteste gegen das Gebäudeenergiegesetz oder die Streichung von Agrardieselsubventionen zeugen von einem wachsenden Widerstand. Rechtspopulistische und -extreme Kräfte gewannen bei den deutschen und europäischen Wahlen 2024/25 stark hinzu, während die Mobilisierungskraft der Klimabewegung nachließ. Insgesamt schrumpft die gesellschaftliche Trägerschaft der Klimawende.

Bewertung: Deutsche Klimapolitik im europäischen Rahmen wirkt **teilweise unterstützend** für die Klimawende, aber aktuell nicht stark genug für ein Einhalten der Klimaziele. Aufgrund einer sich abschwächenden Dynamik und ungünstigen Kontextbedingungen erwarten wir, dass bestehende Umsetzungslücken sich in Zukunft noch vergrößern.

Bestehende Regulierungen, Kostensenkungen bei erneuerbaren Energien und der Ausbau des Europäischen Emissionshandel (EU-ETS) wirken weiterhin unterstützend, werden jedoch von einer Vielzahl hemmender Faktoren überlagert. Strukturelle Defizite in Verkehr und Gebäuden, eine schwächer werdende politische Unterstützung und die Aushöhlung europäischer Nachhaltigkeitsvorgaben begrenzen die Transformationskraft des Treibers. Besonders problematisch ist der fehlende soziale Ausgleich: Ohne wirksame Maßnahmen zur Kompensation der ab 2027 wirksam werdenden CO₂-Bepreisung in Verkehr und Gebäuden droht die gesellschaftliche Resonanz für Klimaschutzmaßnahmen weiter zu erodieren. Politische Unsicherheit und kommunikative Widersprüche – etwa um Heizungsgesetz oder Verbrenner-Aus – haben

bereits zu einem Einbruch der Investitionsbereitschaft geführt.

Insgesamt steigt damit das Risiko klimapolitischer Rückschritte. Zwar besteht durch anstehende politische Ereignisse – etwa die COP30 in Belém oder Diskussionen um das kommende Klimaschutzprogramm – die Chance auf eine Re-Thematisierung des Klimaschutzes. Doch ohne klare Priorisierung, sozialen Ausgleich und kohärente europäische Rahmensetzung drohen *Blockade- und Eskalationskaskaden* aus Zielverfehlung, sozial unausgewogener Nachsteuerung, Backlash und Resonanzverlust – der wiederum zur weiteren Verzögerung der Klimawende instrumentalisiert werden kann.

Globale Klimagovernance

Globale Verhandlungen im Rahmen der Klimarahmenkonvention (UNFCCC) und ihrer Vertragsstaatenkonferenzen (COPs) haben immer wieder entscheidende Impulse für Klimadebatten und Klimapolitik geliefert. Der Treiber Globale Klimagovernance umfasst internationale Kooperation und transnationale Koordination sowie darüber hinaus internationale sektorale Abkommen, private Governanceinitiativen, und zivilgesellschaftliche Mobilisierungen. Zentrale Referenzpunkte sind das Pariser Abkommen von 2015, das Langfristziele für die Begrenzung der Erderwärmung festlegt (1,5 °C bzw. 2 °C) und darauf aufbauend eine Angleichung globaler Finanzströme und einen Prozess regelmäßiger Überprüfungen nationaler Beiträge zum Klimaschutz (NDCs) vorsieht. Globale Klimagovernance wirkt auf die deutsche Klimawende sowohl über völkerrechtliche Normsetzungen, die in nationales Recht einfließen, als auch über die Synchronisierung nationaler Politikzyklen durch die jährlichen Klimakonferenzen, die eine globale Bühne für öffentliche Aufmerksamkeit, Berichterstattung und Vergleichbarkeit schaffen.

Dynamik: Seit dem Pariser Abkommen hat sich ein neuer institutioneller Rhythmus etabliert, geprägt von jährlichen COPs und fünfjährigen Überprüfungszyklen. Die letzte Phase dieses Zyklus mündete 2024 in der COP29 in Baku, deren Ergebnisse jedoch deutlich hinter den Erwartungen zurückblieben. Eine Einigung zur Umsetzung des Global Stocktake wurde nicht erzielt, das Arbeitsprogramm zur Emissionsminderung und zentrale Formulierungen zum 1,5 °C Ziel und zum Ausstieg aus fossilen Energien blockiert. Zwar wurde die Marktmechanismus-Komponente des Pariser Abkommens operationalisiert, der gefundene Kompromiss erhöht jedoch das Risiko, das Schlupfächer wie Doppelzählungen und Überschätzungen von Emissionsminderungen die globale Reduktionsanstrengung aushöhlen. Ein neues globales Finanzierungsziel wurde verabschiedet, allerdings einigten sich die Staaten statt der von Expert*innen empfohlenen 1,3 Billion USD jährlich auf eine Summe von 300

Milliarden USD Finanzierungen ab 2035. Einige Länder des Globalen Südens verweigerten daraufhin ihre Zustimmung. Auch die Fortschritte bei den nationalen Klimaplänen sind ungenügend: Bis Mitte 2025 hatten lediglich 24 Staaten aktualisierte NDCs eingereicht – darunter keiner der großen Emittenten. Freiwillige Initiativen wie die UN Action Agenda oder sektorale Allianzen zu Energie, Wäldern und Methan entfalten nur begrenzte Wirkung. Dagegen wurde außerhalb der UNFCCC mit dem neuen Abkommen der International Maritime Organization (IMO) zur Emissionsregulierung der Schifffahrt erstmals ein institutionell bindender Fortschritt erzielt.

Nach einer Phase des globalen Aufwinds, angetrieben durch die Umsetzung des Paris Abkommens, soziale Mobilisierungen und nationale politische Fortschritte, steht die globale Klimagovernance also aktuell vor großen Schwierigkeiten. Einen Impuls geben könnte die COP30 in Belém in Brasilien, durch die sich Möglichkeiten für Nord-Süd Initiativen und zivilgesellschaftliche Mobilisierungen eröffnen. Ein zentraler Ansatzpunkt wäre die Reform der globalen Entwicklungsfinanzierung. Der Rückzug der USA bietet in diesem Sinne auch Chancen für neue klimapolitische Ansätze – im Rahmen der UNFCCC sowie in anderen internationalen Foren.

Kontext: Auch die äußeren Bedingungen für globale Klimapolitik haben sich im vergangenen Jahr noch einmal deutlich verschlechtert. Mit der Wiederwahl Donald Trumps, dem erneuten Austritt der USA aus dem Pariser Abkommen und anderen internationalen Organisationen sowie einem umfassenden Klima-Rollback fällt ein zentraler Akteur der Klimagovernance weitgehend aus. Kriege in der Ukraine und Gaza sowie geopolitische Spannungen im Indopazifik verschärfen die Fragmentierung des multilateralen Systems, untergraben das Vertrauen in internationale Institutionen und die Perspektiven globaler Kooperation. Die Schwäche und nachlassende Stärke von Klimabewegungen und der Aufstieg ökologiekritischer Kräfte schwächen den politischen Handlungsdruck.

Zugleich bestehen aber auch einige gegenläufige Entwicklungen: Mit Brasilien als Gastgeber der COP30 rückten wieder Themen der globalen Gerechtigkeit und des Ausstiegs aus fossilen Energien in den Vordergrund der Klimakommunikation. Brasilien positioniert sich zudem als Fürsprecherin einer Reform der Klimagovernance sowie der Entwicklungsfinanzierung. Der die COP begleitende Peoples' Summit signalisiert eine mögliche Revitalisierung globaler Bewegungsallianzen. Technologisch setzt sich der Ausbau erneuerbarer Energien mit Rekordwerten fort – 510 GW bzw. +50 Prozent Zubau im Jahr 2023 –, während allerdings der wachsende Energieverbrauch durch Digitalisierung und KI neue Herausforderungen schafft. Parallel dazu verstärkt die fossile Lobby ihren Einfluss auf internationale Verhandlungen: Der Diskurs verschiebt sich teilweise von „Energiewende“ zu „Energiedominanz“, sichtbar etwa auf der CERAWWeek 2025 in

Houston, wo fossile Akteure wieder Selbstbewusstsein und Deutungshoheit zurückgewannen.

Bewertung: Globale Klimagovernance wirkt **teilweise unterstützend** für die deutsche Klimawende, kann aber aktuell keine hinreichende Koordinationswirkung für eine Beschleunigung der Transformation in Deutschland und Europa entfalten. Die Wirkung des Treibers geht seit der Paris Konferenz 2015 zurück. Ohne entschiedene Initiativen von Schlüsselstaaten dürfte sich dieser Negativtrend in absehbarer Zukunft fortsetzen.

Während der institutionelle Rahmen des Pariser Abkommens formal fortbesteht, verliert er an Steuerungsfähigkeit und Glaubwürdigkeit. Globale Emissionen steigen weiter, die Zahl der Länder mit aktualisierten und ausreichend ambitionierten Klimaplänen ist gering, und zentrale Akteure wie die USA schwächen den multilateralen Konsens. Damit sinkt die katalytische Wirkung internationaler Prozesse auf nationale Klimapolitik auch in Deutschland.

Zwar entstehen punktuell neue Impulse – etwa durch sektorale Kooperationen, den Ausbau nicht-staatlicher Allianzen oder das neue IMO-Abkommen –, doch überwiegen derzeit die hemmenden Faktoren. Deutschland profitiert zwar weiterhin von den globalen Normbildungsprozessen, der symbolischen Orientierung an Pariser Zielen und der europäischen Koordinierung im Rahmen der EU-Delegation, doch der internationale Kontext trägt derzeit kaum zur Beschleunigung der nationalen Transformation bei.

Kommunaler Klimaschutz

Auf der lokalen Ebene wird die Klimawende konkret umgesetzt – hier werden sowohl die Folgen des Klimawandels als auch die Auswirkungen von Klimaschutzmaßnahmen unmittelbar erfahrbar. Der Treiber umfasst Maßnahmen, Prozesse und Initiativen auf lokaler Ebene, die auf das Ziel der Klimaneutralität ausgerichtet sind oder für dessen Erreichung eine zentrale Rolle spielen. Dazu zählen die Planung und Umsetzung von Projekten in Energieversorgung, Stadt- und Verkehrsplanung, Gebäude- und Infrastrukturpolitik, ebenso wie Informationsangebote, Reallabore und partizipative Verfahren. Kommunen tragen als Akteure der Daseinsvorsorge wesentliche Verantwortung für die praktische Umsetzung der Klimawende. Ihre Handlungsmöglichkeiten ergeben sich aus landesrechtlichen Vorgaben, werden aber stark durch lokale Prioritäten, Verwaltungskapazitäten und politische Mehrheiten bestimmt. Neben Verwaltung und Politik spielen lokale Akteure wie Bürgerinitiativen, Stadtwerke und Genossenschaften eine Schlüsselrolle für die gesellschaftliche Einbettung kommunaler Klimapolitik.

Dynamik: Die Dynamik des kommunalen Klimaschutzes ist hochgradig heterogen. Unterschiede zwischen Bundesländern, Großstädten und

ländlichen Räumen prägen Ausgangslagen und Prioritätensetzung. Übergreifend zeigt sich jedoch ein schrittweiser *Aufbau von Handlungskapazitäten*, getragen durch rechtliche Vorgaben, Förderprogramme und gesellschaftliche Impulse. Ein zentrales Instrument ist die 2008 eingeführte Kommunalrichtlinie, über die bislang mehr als 29.000 Klimaschutzprojekte in über 5.300 Kommunen gefördert wurden. Bewegungen wie *Fridays for Future* haben dazu beigetragen, dass Klimaschutz lokal höher priorisiert wird. Rund die Hälfte aller Kommunen verfügt über eigenes Klimaschutzpersonal, etwa 10 Prozent besitzen Klimaschutzkonzepte mit Schwerpunkten auf Emissionsminderung, Klimaneutralität und erneuerbare Energien, zunehmend auch auf natürliche Senken. Positiv entwickelten sich zuletzt vor allem die Bereiche, in denen Kommunen direkt Einfluss ausüben können, wie die Flächenausweisung für erneuerbare Energien, der Ausbau von Fahrradinfrastruktur oder der klimafreundliche Umbau kommunaler Liegenschaften (Gebäude, Fahrzeuge, Grünflächen). Neue Dynamik kam in die Bereiche Wärmeplanung und Klimaanpassung, die mit den 2024 in Kraft getretenen Wärmeplanungsgesetz (WPG) und Klimaanpassungsgesetz (KAnG) de facto zu kommunalen Pflichtaufgaben wurden. Dennoch verläuft der Umbau im Bereich Wärme bisher schleppend. Trotz neuer Kompetenzen sind die Kommunen hier stark von externen Akteuren wie Energieversorgern abhängig und verfügen häufig nicht über ausreichende finanzielle Mittel für notwendige Infrastrukturentscheidungen. Besonders schwierig sind Blockaden im Verkehrsbereich, wo fehlende Zuständigkeiten, eine stark autozentrierte Planung, sowie Konflikte rund um Straßenraum und Parkflächen die Klimawende ausbremsen. Hier zeigen sich strukturelle Grenzen, die nur durch übergeordnete rechtliche und fiskalische Reformen überwunden werden können.

Kontext: Die Entwicklung des kommunalen Klimaschutzes findet in einem Spannungsfeld aus neuen rechtlichen Impulsen und wachsender politischer Unsicherheit statt. Auf der positiven Seite stehen neue bundesgesetzliche Rahmensetzungen, die verbindliche Planungsstrukturen und Fördermöglichkeiten schaffen. Auch das im März 2025 beschlossene Schuldenpaket mit spezifischen Klimaförderlinien für Länder und Kommunen weckt Hoffnung auf finanzielle Entlastung. Demgegenüber wirken Planungsunsicherheiten aufgrund wechselnder politischer Mehrheiten, unklarer politischer Kommunikation durch Bundes- und Landesregierungen und befristeter Projektlogiken hemmend. In vielen Kommunen fehlt dauerhaftes Fachpersonal, Fördermittel werden verspätet ausbezahlt oder sind mit hohem bürokratischem Aufwand verbunden. Besonders kleinere und finanzschwache Kommunen stoßen hier an ihre Grenzen.

Zugleich verändert sich die gesellschaftliche Resonanz. Während Klimaschutz um 2020 durch *Fridays for Future* kommunalpolitisch

Aufwind erfuhrt, ist heute vielerorts eine abnehmende Zustimmung spürbar. In einigen Regionen ist das Thema zunehmend umstritten. Insbesondere in ostdeutschen Bundesländern ist der Begriff „Klimaschutz“ selbst zum Reizwort geworden. Darüber hinaus verstärken sich Spaltungen entlang sozioökonomischer Linien: In strukturschwachen Regionen wird Klimaschutz häufig als Belastung erlebt, wenn erneuerbare Energien keinen sichtbaren Nutzen vor Ort erzeugen. Die Resonanzfähigkeit der Klimawende ist also zentral an Fragen lokaler Wertschöpfung und Teilhabe gekoppelt.

Als stabilisierende Faktoren erweisen sich horizontale Kooperationsnetzwerke, in denen sich Kommunen, Landkreise und Klimaschutzmanager*innen gegenseitig unterstützen und Wissen austauschen. Zudem begünstigt der Preisverfall bei erneuerbaren Energien – insbesondere bei Solar-PV – den Ausbau einer klimafreundlichen lokalen Energieerzeugung. Extreme Wetterereignisse können zwar kurzfristige Aufmerksamkeit schaffen, führen aber selten zu einer nachhaltigen politischen Dynamik.

Bewertung: Kommunaler Klimaschutz wirkt **überwiegend unterstützend** für die Klimawende in Deutschland, allerdings aktuell nicht in dem Maße und in der Geschwindigkeit, wie es für ein Erreichen der deutschen Klimaziele erforderlich wäre.

Durch den Aufbau kommunaler Handlungskapazitäten – Stellen, Programme, Initiativen – in den letzten Jahren ist der kommunale Klimaschutz derzeit (noch) einer der resilientesten gesellschaftlichen Treiber der Klimawende. Fortschritte beruhen zumeist auf einer Kombination aus rechtlichen Impulsen, Förderinstrumenten und lokalem Gestaltungswillen. Besonders dort, wo kommunale Wertschöpfung, gesellschaftliche Einbindung und politische Rückendeckung zusammenkommen, entstehen robuste Umsetzungspfade. Gleichzeitig bleiben strukturelle Schwächen eklatant: Klimaschutz ist auf kommunaler Ebene nach wie vor überwiegend freiwillig und projektbasiert. Finanzielle Engpässe, fehlende Verstetigung von Personal und komplizierte Förderlogiken verhindern eine institutionelle Konsolidierung. Die Folge sind *Unsicherheitsspiralen*, in denen Know-how-Verlust und Stellenabbau sich gegenseitig verstärken. Hinzu kommen wachsende gesellschaftliche Spannungen, die die politische Rückendeckung schwächen. Damit steht die bislang tragfähige „Dynamik von unten“ zunehmend unter Druck. Langfristig kann kommunaler Klimaschutz nur dann ein zentraler Motor der Transformation bleiben, wenn er rechtlich als Pflichtaufgabe verankert und dauerhaft finanziell abgesichert wird. Eine solche Verbindlichkeit würde nicht nur Planungssicherheit schaffen, sondern auch den politischen Rückhalt stärken. Ein weiterer wichtiger Hebel wäre die Umsetzung von *energy sharing* zur Ermöglichung lokaler Wertschöpfung. Würden diese Schritte vollzogen, könnte die kommunale Ebene zur entscheidenden Scharnierstelle einer demokratisch legitimierten, sozial eingebetteten und lokal sichtbaren Klimawende werden.

Klimarelevantes Unternehmenshandeln

Unternehmen sind zentrale Akteure der Klimawende: In ihnen materialisiert sich ein Großteil des Ressourcenverbrauchs einer Gesellschaft und damit auch ihr Einfluss auf Emissionen und Umweltfolgen. Der Treiber klimarelevantes Unternehmenshandeln umfasst alle Handlungen von Firmen, die darauf abzielen, Treibhausgasemissionen zu reduzieren und zur Klimawende beizutragen, oder aber im Gegenteil die Transformation zu verzögern oder bewusst zu blockieren. Dies umfasst administrative Maßnahmen (z. B. Nachhaltigkeitsmanagement), anwendungsbezogene Investitionen (z. B. Prozessumstellungen), Kommunikations- und Lobbyaktivitäten, sowie Kooperationen entlang von Lieferketten. Die Analyse konzentriert sich auf die Energiewirtschaft, die Industrie (insbes. Automobil) und Landwirtschaft – Sektoren mit hoher Emissionsrelevanz und großem politischem Einfluss.

Dynamik: Die Entwicklung des unternehmerischen Klimahandelns war in den letzten Jahren ausgesprochen heterogen. In der Energiewirtschaft vollzieht sich der deutlichste Wandel: Die Emissionen sanken 2024 um 8,7 Prozent, der Anteil erneuerbarer Energien an der Stromproduktion stieg auf 57 Prozent, während die Kohleverstromung auf 23 Prozent sank. Der Rückbau fossiler und der Ausbau nicht-fossiler Kapitalstöcke zeigt, dass hier ein struktureller Umbau begonnen hat. Demgegenüber stagniert die Landwirtschaft: 2024 gingen die Emissionen um lediglich 1,4 Prozent zurück. Zwar sinken Rinderbestände und Düngerbedarf leicht, doch fossiler Kraftstoffverbrauch und Stickstoffeinsatz nehmen wieder zu. Im Industriesektor ist der Fortschritt begrenzt, da der Sektor stark an Konjunkturzyklen gekoppelt und strukturell untransformiert bleibt.

Sektorübergreifend hat sich Klimaschutz im Unternehmenshandeln zwar etabliert, bleibt aber oft oberflächlich. Viele Firmen richten Nachhaltigkeitsabteilungen ein, erfassen Emissionen und veröffentlichen Berichte – aber ohne konsistente Transitionspläne oder überprüfbare Ziele. Während Großunternehmen ihre Emissionen umfassend bilanzieren, sinkt das Engagement kleiner und mittlerer Unternehmen (KMU). Zugleich erreicht das Volumen der Klimainvestitionen 2023 einen Höchstwert von 85 Mrd. Euro, getragen fast ausschließlich von Großunternehmen. Der Mittelstand verzeichnete dagegen einen Rückgang um 10 Prozent aufgrund von steigenden Kosten und Unsicherheiten. Auch kommunikativ zeigt sich Ambivalenz. Zwar bekennen sich Verbände wie BDI, VDA oder VCI regelmäßig zum Ziel der Klimaneutralität, zugleich lobbyieren sie gegen konkrete Maßnahmen wie das Verbrenner-Aus. Dieses Spannungsverhältnis zwischen Bekenntnissen und Blockaden bildet eine „Konsensfiktion“, die letztlich den Status quo absichert. Der Strukturwandel in Schlüsselindustrien wie der Automobilbranche bleibt aus, während neue

fossile Abhängigkeiten entstehen – etwa durch den Bau von LNG-Terminals und Gaskraftwerken.

Kontext: Die rechtlichen und politischen Rahmenbedingungen für den Treiber haben sich zuletzt deutlich verschoben. Die Aufweichung der europäischen Nachhaltigkeitsregulierung im Zuge des EU-Omnibus-Pakets – mit der geplanten Reduktion der Berichtspflichten für bis zu 80 Prozent der Unternehmen und der Entschärfung der Sorgfaltspflichten in der CSDDD – droht die Unternehmensberichterstattung zu schwächen. Pläne zur Wiedereinführung fossiler Subventionen oder der geplanten Anrechnung externer Emissionsreduktionen auf die deutschen Klimaziele mindern die Glaubwürdigkeit der Klimawende und erhöhen die regulatorische Unsicherheit. Positiv wirkt dagegen der Europäische Emissionshandel, dessen verschärfter Minderungspfad und Erweiterung auf Wärme und Verkehr (EU-ETS 2) strukturelle Anreize für Dekarbonisierung schaffen. Die jährliche Zertifikatsmenge sinkt nun doppelt so schnell wie zuvor, und bis 2039 sollen keine neuen Zertifikate mehr versteigert werden. Das Instrument wirkt zunehmend als langfristiger Signalgeber, dessen Effektivität allerdings von dem Erhalt sozialer und politischer Unterstützung für die Preisentwicklung abhängt. Auch neue Förderprogramme wie die „Bundesförderung Industrie und Klimaschutz“ oder Carbon Contracts for Difference (CCfDs) können, sofern stabil finanziert, wichtige Impulse geben. Kulturell bleibt das deutsche Wirtschaftsmodell stark auf Exportindustrien und Wachstum ausgerichtet. Die Automobilindustrie fungiert weiterhin als Leitbranche und struktureller Machtpol, während alternative Leitbilder – etwa Suffizienz, Kreislaufwirtschaft oder regionale Versorgung – gesellschaftlich und politisch marginal bleiben. Im Agrarbereich dominieren produktivistische Leitbilder, und auch in der Industriepolitik steht Standortsicherung über Dekarbonisierung. Diese kulturelle Trägheit verstärkt institutionelle Pfadabhängigkeiten. Gleichzeitig zeigen Erfahrungen aus der Energiewirtschaft im Rahmen der Kohlekommission, dass korporatistische Strukturen, wenn sie inklusiver gestaltet werden, transformationsfähig sein können.

Bewertung: Klimarelevantes Unternehmenshandeln wirkt unter den aktuellen Bedingungen **ambivalent** auf die Klimawende, da unterschiedliche, sich entgegenlaufende Entwicklungen zwischen verschiedenen Sektoren und Unternehmestypen beobachtbar sind, und aktuelle regulatorische und gesellschaftliche Entwicklungen sowohl einen erhöhten Transformationsdruck durch die Ausweitung des Emissionshandels, als auch eine Rücknahme zentraler Regelwerke und eine Phase politischer Unsicherheit ankündigen.

Das klimarelevante Unternehmenshandeln trägt daher punktuell, aber nicht systematisch zur Klimawende bei. Fortschritte in der Energiewirtschaft werden durch Stillstand in Industrie und Landwirtschaft überlagert. Großunternehmen

professionalisieren ihr Nachhaltigkeitsmanagement, doch fehlende Ziele, Greenwashing-Risiken und anhaltendes Lobbying untergraben die Wirkung. Kleine und mittlere Unternehmen bleiben zurück, Investitionslücken und regulatorische Unsicherheit bremsen den Wandel. Neue fossile Infrastrukturen gefährden erreichte Fortschritte und könnten zu jahrzehntelangen Lock-ins führen.

Die Transformation der Energiewirtschaft erscheint plausibel, jene der Industrie bedingt, die der Landwirtschaft aktuell kaum. Eine sektorenübergreifende Beschleunigung der Transformation erfordert verlässliche Regulierung, den Abbau fossiler Subventionen, gezielte Unterstützungsformate für kleine und mittlere Unternehmen und die Sicherung gesellschaftlicher Resonanz durch eine gerechte Gestaltung des Emissionshandels. Erst eine solche Kombination aus politischer Kontinuität, ökonomischer Planungssicherheit und sozialer Flankierung könnte das Potenzial des Unternehmenssektors als Motor der Transformation freisetzen.

Veränderung von Konsummustern

Konsumpraktiken bilden einen entscheidenden Faktor der Emissionsentwicklung und gelten als wichtiger Hebel für die Klimawende. Konsum verstehen wir als die soziale Praxis der Nutzung und Aneignung von Gütern und Dienstleistungen, die in routinierte Handlungsweisen, kulturelle Bedeutungen und materielle Infrastrukturen eingebettet ist. Auch die Veränderung von Konsummustern vollzieht sich nicht einfach als Ergebnis individueller Entscheidungen, sondern im Wechselspiel mit tief verankerten Strukturen und Normen. Dynamiken der Konsumententwicklung wiederum sind entscheidend für das Gelingen oder Scheitern von Klimaschutzstrategien. Unsere Analyse konzentriert sich im Folgenden auf Konsummuster in vier emissionsstarken Sektoren: Wohnen, Strom, Mobilität und Ernährung.

Dynamik: In allen untersuchten Sektoren zeigen sich bislang nur begrenzte Fortschritte auf dem Weg zur Dekarbonisierung, die zudem oftmals durch gegenläufige Dynamiken weitgehend aufgewogen oder sogar konterkariert werden. Im Bereich Wohnen sind die CO₂-Emissionen der Haushalte seit 2005 zwar leicht gesunken, vor allem durch effizientere Heizsysteme und Anwendungen und den Ausbau erneuerbarer Energien, doch die durchschnittliche Nutzung von Wohnfläche pro Person steigt weiter an. Im Stromsektor führen Effizienzsteigerungen und der wachsende Anteil erneuerbarer Energien zwar zu sinkenden Emissionen pro KWh, doch wird der Stromverbrauch zugleich durch steigende Nachfrage und neue Anwendungen etwa im Rahmen von Digitalisierung und künstlicher Intelligenz angetrieben. Ökostromangebote bleiben ein Privileg einkommensstarker Milieus, während Energiearmut und fehlende Sektorenkopplung eine

klimafreundliche und sozial flankierte Elektrifizierung verhindern. Im Verkehrssektor nehmen die Nutzung von Elektromobilität und öffentliche Verkehrsalternativen zu, doch der Pkw-Bestand wächst, SUVs dominieren Neuzulassungen und der Flugverkehr, einschließlich Privatjets, steigt weiterhin an. Im Ernährungssektor sinkt zwar der Fleischkonsum und pflanzliche Alternativen gewinnen Marktanteile, doch drei Viertel der ernährungsbedingten Emissionen entfallen weiterhin auf tierische Produkte. Zudem bleibt nachhaltige Ernährung sozial stark selektiv. Armut, Ernährungsunsicherheit und Lebensmittelverschwendung bestehen parallel und zeigen die soziale Schieflage der Ernährungswende.

Kontext: Diese Dynamik ist eingebettet in ein Geflecht struktureller Pfadabhängigkeiten und Machtstrukturen, die auf fossile Energien und Wirtschaftswachstum ausgerichtet sind. Historisch ist der Massenkonsum in Deutschland eng verbunden mit der Industrialisierung, kolonialen Verflechtungen und dem „Wirtschaftswunder“, das (massenhafter) Konsum als Symbol von Freiheit und Wohlstand institutionalisierte. Diese Entwicklung mündete in einer Lebensweise, die auf der Externalisierung sozialer und ökologischer Kosten in Zeit (zukünftige Generationen) und Raum (insbes. Globaler Süden) beruht. Demgegenüber treiben zwar technologische Effizienzgewinne, Kostensenkungen bei erneuerbaren Energien und ein wachsendes Umweltbewusstsein einige durchaus signifikante Veränderungen. Diese treffen jedoch auf ein stetig steigendes Konsumvolumen, wachsende sozialen Ungleichheiten und politische Präferenzen für technische und marktzentrierte Lösungen gegenüber sozialen und kulturellen Veränderungen.

Auch die internationale Politik wirkt ambivalent. Globale Verpflichtungen wie das Pariser Abkommen und die europäischen Klimaziele schaffen zwar Orientierungsrahmen, doch geopolitische Krisen und Energiepreissteigerungen haben die Prioritäten vieler Regierungen und Bürger*innen verschoben. Energie- und Inflationskrisen erhöhen soziale Spannungen und lenken politische Aufmerksamkeit auf kurzfristige Krisenbewältigung. Die nationale Klimapolitik bleibt widersprüchlich: Zwar sind ambitionierte Ziele gesetzlich verankert, doch unklare Kommunikation, wechselnde Mehrheiten und der Bedeutungsverlust des Klimathemas im öffentlichen Diskurs verringern Planungssicherheit und Vertrauen. Der aktuelle Koalitionsvertrag unterstreicht diese Tendenz: Er hält an bestehenden Zielen fest, stellt aber wichtige Regelwerke infrage, verzichtet auf sozial ausgleichende Instrumente wie das Klimageld und reaktiviert fossile Subventionen wie Pendlerpauschale und Agrardieselförderung.

Gesellschaftlich verliert der Wandel teilweise an Resonanz. Zwar bekennt sich eine Mehrheit weiter zum Klimaschutz, doch bleibt die Bereitschaft zu Verhaltensänderungen gering. Steigende Ungleichheiten und Abstiegsängste, mediale Polarisierung und ein wachsender Anti-Ökologie-Diskurs

schwächen die gesellschaftliche Basis für einen tiefgreifenden Wandel. Klimafreundlicher Konsum wird meistens nicht mit Wohlstand verbunden – vielmehr erscheint er vielen als moralische Zumutung oder als elitäres Projekt.

Bewertung: Vor diesem Hintergrund wirkt der Treiber aktuell **verhindernd** auf die Klimawende und verringert somit die Plausibilität des Erreichens der Klimaneutralität in Deutschland bis 2045.

Die Analyse der Dynamiken des gesellschaftlichen Treibers zeigt, dass sich derzeit in Deutschland keine grundlegenden Veränderungen der Konsummuster in Richtung Klimaneutralität abzeichnen. Zwar sind punktuelle Fortschritte im Bereich Energie und Ernährung erkennbar, doch sie bleiben inkrementell und sozial selektiv. Eine tiefgreifende Trendumkehr hin zu klimafreundlichen Konsummustern ist bislang nicht erkennbar. Hinter der Stagnation stehen Pfadabhängigkeiten, wachstumsorientierte Politiklogiken und fehlende soziale Ausgleichsmechanismen. Politische Maßnahmen, die eine Reduktion des Konsumvolumens und eine Umverteilung von Ressourcen erfordern, gelten weithin als unzumutbar. Stattdessen konzentrieren sich Strategien auf technische Effizienzsteigerungen, deren Wirkung durch steigenden Gesamtverbrauch wieder aufgehoben wird.

Damit die Klimawende plausibel wird sind Maßnahmen notwendig, die klimafreundliche Konsummuster und zugleich soziale Gerechtigkeit fördern. Zu den Handlungsoptionen gehören strukturelle und verhaltensändernde Maßnahmen, die durch klimabezogene Regulierungen, politische Instrumente und klimafreundliche Infrastrukturen umgesetzt werden können (z.B. Sektorenkopplung oder Tempolimit). Außerdem sind integrierte und intersektionale Lösungsansätze erforderlich, beispielsweise finanzielle Anreize und steuerliche Instrumente wie das Klimageld, eine progressive Einkommens- und Vermögensbesteuerung oder eine angepasste Preisgestaltung zur Förderung klimafreundlicher Ernährung. Eine verbesserte Datengrundlage und vertiefte Forschung, insbesondere in den Bereichen Gebäudebestand, Mobilitätsplanung sowie Ernährungssicherheit, sind besonders wichtig für die Formulierung und Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen. Zudem ist die Entwicklung und Umsetzung von Ansätzen und Strategien notwendig, die strukturelle und kontextspezifische Rahmenbedingungen für klimafreundlichen Konsum angehen – im Gegensatz zu Strategien, die auf individualisierten Lösungen basieren und die Hauptverantwortung für die Transformation auf Haushalte verschieben.

Klimabewegung und -proteste

Unter Klimabewegung verstehen wir ein breites Netzwerk zivilgesellschaftlicher Gruppen, die sich für Klimaschutz und Klimagerechtigkeit einsetzen

– von etablierten Umweltverbänden bis zu aktivistischen Zusammenschlüssen wie *Fridays for Future*, *Ende Gelände* oder der *Letzten Generation*. Die Bewegung agiert als kollektive Akteurin gesellschaftlicher Transformation: Sie kann öffentliche Aufmerksamkeit mobilisieren, Diskurse prägen und politischen Druck erzeugen, bleibt dabei aber auf günstige institutionelle und gesellschaftspolitische Rahmenbedingungen angewiesen.

Dynamik: Nach einer Aufbauphase in den 2000er-Jahren und ersten Mobilisierungswellen mit den Anti-Kohle-Protesten von *Ende Gelände* gewann die Bewegung ab 2018 mit *Fridays for Future* und *Extinction Rebellion* an Schwung. Im Herbst 2019 erreichten die Klimaproteste ihren Höhepunkt mit der bis dahin größten Mobilisierung der Bundesrepublik. Nach einer pandemiebedingten Dämpfung fanden ab 2021 wieder mehr öffentliche Aktionen statt – zunehmend konfrontativ, etwa in Form von Hungerstreiks, Straßenblockaden oder Farbaktionen der *Letzten Generation*. Mit den Räumungsprotesten in *Lützerath* Anfang 2023 erreichte die Bewegung noch einmal ein breites Medienecho. Trotzdem wurde der Konflikt um das Dorf in der nordrhein-westfälischen Braunkohleabbaugebiet angesichts von Polizeigewalt und dem politischen Scheitern der Forderungen für viele Aktivist*innen zum emotionalen Wendepunkt und Auslöser für Strategiedebatten.

Seit unserem Bericht 2024 lässt sich eine Phase der Demobilisierung beobachten. Proteste und Teilnehmendenzahlen sind rückläufig, die mediale Präsenz hat stark abgenommen. Viele Aktivist*innen berichten von Erschöpfung, Repressionserfahrungen und Schwierigkeiten, neue Unterstützer*innen zu gewinnen. Zugleich haben Kriege, geopolitische Krisen und das Erstarken rechter Parteien die öffentliche Aufmerksamkeit von der Klimakrise abgelenkt. Unterdessen pluralisiert sich das Feld: Während *Fridays for Future* weiterhin auf Massenmobilisierung und politische Reformen setzt, verschieben andere Gruppen ihren Fokus – etwa hin zu kleineren direkten Aktionen oder der Idee von Bürger*innenräten wie bei den aus der *Letzten Generation* hervorgegangenen Gruppen Widerstandskollektiv und Neue Generation. Andere Gruppierungen lösen sich bewusst vom Appell an die Politik und beschäftigen sich verstärkt mit Fragen der Resilienz, sozialer Vorsorge angesichts gegenwärtiger und zukünftiger Krisen. Exemplarisch hierfür steht das erste *Kollaps-camp* im Sommer 2025: weniger Blockadepraxis, mehr politischer und emotionaler Lern-, Austausch- und Erprobungsraum, in dem ‚Kollaps-Akzeptanz‘, d.h. die Annahme, dass multiple Krisen nicht vollständig abwendbar sind, als Ausgangspunkt für neue Gerechtigkeitskämpfe diskutiert wurden. Diese Diversifizierung von Strategien, Zielgruppen

und Ausdrucksformen kann als Zeichen von Anpassungsfähigkeit verstanden werden, spiegelt aber auch eine Suche nach Orientierung und Legitimation in einem zunehmend schwierigen Umfeld wider.

Kontext: Die Dynamik der Klimabewegung ist eingebettet in eine zunehmend schwierige politische Gelegenheitsstruktur, die sich kennzeichnet durch verengte Handlungsspielräume, zunehmende staatliche Repressionen, sowie eine fragmentierte Aufmerksamkeit und gestärkte (rechte) Gegenkräfte. In der medialen Öffentlichkeit hat sich die Darstellung der Klimabewegung zunehmend von inhaltlichen Forderungen hin zu Kritik und Diffamierung verschoben. Die Aufmerksamkeit wird verstärkt von Kriegen, migrations-, wirtschafts- und sicherheitspolitischen Themen gebunden, was die Sichtbarkeit klimapolitischer Anliegen weiter geschmälert und auch innerhalb der Bewegung Ressourcen gebunden hat. Insbesondere die disruptiven Protestformen der *Letzten Generation* wurden in der medialen Berichterstattung sehr negativ dargestellt, was sich teils auch auf die Wahrnehmung der Bewegung insgesamt ausgewirkt hat.¹⁹ Was die gesamtgesellschaftliche Unterstützung der Klimabewegung betrifft, zeigen aktuelle Analysen zwar, dass die Zustimmung zu Klimaschutzmaßnahmen insgesamt relativ stabil ist, es zeigen sich aber milieuspezifische und regionale Unterschiede und insgesamt ein Bedeutungsrückgang.

Bewertung: Insgesamt wirkt die Klimabewegung weiterhin **teilweise unterstützend** auf die Klimawende, allerdings aufgrund einer zurzeit abnehmenden Dynamik und eines schwierigen gesellschaftspolitischen Umfelds deutlich weniger als noch vor einigen Jahren.

Aktuell befindet sich die Klimabewegung in einer Phase der Kontraktion und strategischen Neuorientierung. Der öffentliche Druck, den sie entfalten kann, hat abgenommen, doch ihre strukturellen und kulturellen Wirkungen bleiben präsent: Sie hat weite Teile ihrer Generation politisiert, neue Ausdrucksformen des Engagements etabliert, normative Leitbilder wie Klimagerechtigkeit im öffentlichen Diskurs verankert, institutionelle Unterstützungsnetzwerke ausgebildet und sich in der Lancierung von Klimaklagen engagiert. Ihre Mobilisierung trug zur Entstehung neuer klimapolitischer Institutionen wie der Kohlekommission und dem Klimaschutzgesetz bei. Auch journalistisch und wissenschaftlich hat die Bewegung in der Form von neuen Klima-Ressorts, investigativen Recherchen und einem breiteren öffentlichen Diskurs über (globale) Verantwortung und Gerechtigkeit Spuren hinterlassen. Darüber hinaus vernetzen sich Aktivist*innen mit Gewerkschaften, Demokratie- und Antirassismusbewegungen (bspw. in der Kampagne #wirfahrenzusammen mit ver.di). Diese Allianzen

19 Hier ist also entgegen theoretischen Annahmen aus der Bewegungsforschung kein radikaler Flankeneffekt erkennbar, der davon ausgeht, dass disruptive Aktionsformen einer Gruppierung innerhalb einer sozialen Bewegung die Unterstützung für als gemäßiger wahrgenommene Gruppen derselben Bewegung erhöhen können.

deuten darauf hin, dass sich Elemente der Bewegung in andere gesellschaftliche Felder hinein verlagern, auch wenn die Protestdichte abnimmt. Für die künftige Wirkmächtigkeit der Bewegung sind vermutlich weniger spektakuläre Großmobilisierungen als neue, kollektiv identitätsstiftende Visionen, das Aufzeigen gesellschaftlicher Alternativen, belastbare Allianzen über Milieus hinweg, die rechtlich-politische Abwehr von Repression, eine gesicherte Ressourcenbasis sowie die Verknüpfung neuer Beteiligungsformen mit klassischen Protestformen entscheidend. Ob die Bewegung künftig wieder an Einfluss gewinnt, hängt einerseits wesentlich von dem Schutz zivilgesellschaftlicher Freiheitsrechte ab, andererseits von ihrer Fähigkeit, neue gesellschaftliche Gruppen zu erreichen. Eine demokratische Klimawende braucht Räume für Protest und Partizipation. Werden diese gesichert und gelingt es der Bewegung, ihre Vielfalt als Stärke zu nutzen, kann sie erneut zu einer wichtigen Impulsgeberin werden.

Klimaklagen

Klimaklagen sind in den letzten Jahren durch mehrere Erfolge verstärkt in den öffentlichen Fokus gerückt. Darunter verstehen wir Rechtsverfahren, die sich primär mit Fragen des Klimawandels und des Klimaschutzes befassen.²⁰

Darunter fallen einerseits Verfahren, die unmittelbar oder mittelbar auf die Durchsetzung von Klimaschutz, die Anerkennung von Klimagerechtigkeit oder den Stopp klimaschädlicher Aktivitäten zielen. Dies umfasst sowohl Klagen gegen den Staat wegen unzureichender Maßnahmen oder klimaschädlicher Infrastrukturen als auch Verfahren gegen Unternehmen, in denen Haftung für Emissionen oder die Unterlassung irreführender Werbung gefordert wird. Häufig von Umweltverbänden unterstützt, verbinden solche Klagen juristische mit gesellschaftspolitischen Zielen und nutzen Gerichtsverfahren auch als Mittel der Rechtsfortbildung und öffentlichen Sensibilisierung. Damit sind Klimaklagen zugleich juristische und kommunikative Akte, die auf rechtlicher, politischer und symbolischer Ebene auf die Transformation wirken. Neben diesen auf Klimaschutz gerichteten Verfahren fassen wir im Kontext des Treibers andererseits auch Klagen, die andere Umweltschutznormen gegen Klimaschutz in Stellung bringen (sog. „Grün-gegen-Grün“-Klagen) oder sich explizit gegen Klimaschutzmaßnahmen oder Klimaaktivist*innen wenden. Zur Untersuchung von Klimaklagen in Deutschland wurde erstmals eine umfassende, öffentliche Datenbank geschaffen.

Dynamik: Weltweit haben sich seit Mitte der 2010er Jahre Zahl, Vielfalt und geographische Ausbreitung von Klimaklagen stark erhöht. In Deutschland lässt sich ab 2021 eine deutliche Zunahme der Klageaktivität beobachten, die 2022 ihren Höhepunkt erreichte und seither auf hohem Niveau verharrt. Inzwischen bilden Klimaklagen einen festen Bestandteil gesellschaftlicher Auseinandersetzungen um Klimapolitik und Unternehmensverantwortung. Die mit 34 Fällen seit 2023 zahlreichsten und auch erfolgreichsten Verfahren liegen im Bereich *Climate-Washing* gegen irreführende Werbung. Das Grundsatzurteil des Bundesgerichtshofs gegen Katjes (2024) gilt hier als wegweisend. Die zweitgrößte Kategorie betrifft Klagen gegen staatliche Rahmenbedingungen (16 Fälle), darunter die „Zukunftsklage“ gegen die Abschwächung des Bundes-Klimaschutzgesetzes mit über 54 000 Unterzeichner*innen. Kaum Erfolge gibt es bislang bei Klagen auf höhere Ambition, da Gerichte dem Gesetzgeber einen weiten Ermessensspielraum zubilligen. In der Kategorie Integration von Klimaaspekten (10 Fälle) wurden drei Klagen gegen neue LNG-Terminals mit Verweis auf das öffentliche Interesse an Versorgungssicherheit abgewiesen. Ein wichtiges Signal setzte das Bundesverwaltungsgericht (2025), das den Planfeststellungsbeschluss zur Autobahn A26-Ost teilweise für rechtswidrig erklärte, weil Klimabelange unzureichend berücksichtigt wurden. Auch unternehmensspezifische Verfahren (5 Fälle) und Klagen im Bereich ESG-Aktivismus im Aktienrecht (keine Fälle seit 2023) blieben bislang ohne Erfolg. Ausnahme bildet der *Fall Saul Luciano Lliuya v. RWE*: Zwar wurde die Klage letztlich abgewiesen, doch das Urteil bestätigte grundsätzlich die Möglichkeit, große Emittenten nach deutschem Zivilrecht anteilig für Klimaschäden haftbar zu machen.

Darüber hinaus nehmen „Grün-gegen-Grün“-Klagen (14 Fälle) zu, die Konflikte zwischen Natur- und Klimaschutz sichtbar machen, ebenso wie Strafverfahren gegen Klimaaktivist*innen (8 Fälle), die auf eine zunehmende Kriminalisierung zivilgesellschaftlichen Engagements hindeuten.

Kontext: Klimaklagen entfalten sich in einem komplexen rechtlichen und gesellschaftlichen Umfeld. Zentral ist der Zugang zu Gerichten: Während Verbandsklagen durch die Aarhus-Konvention und das Umwelt-Rechtsbehelfsgesetz gestärkt wurden, bestehen für Einzelpersonen weiterhin hohe Hürden. Forderungen nach Einschränkungen des Verbandsklagerechts durch die neue Bundesregierung könnten den Zugang zur Justiz und die Handlungsspielräume der Zivilgesellschaft erheblich beschneiden.

Positiv wirken neue europäische Regelungen: Die Anti-SLAPP-Richtlinie (2024) schützt Aktivist*innen vor missbräuchlichen Klagen, und die

20 Durch diese weite Definition grenzt sich diese Treiberanalyse von unserer letztjährigen Analyse sowie der globalen Treiberanalyse im Hamburg Climate Futures Outlook ab, in der nicht auf Klimaschutz ausgerichtete Verfahren unter anderem als hemmende Kontextbedingungen analysiert werden (Zengerling et al. 2024).

Empowering-Consumers-Richtlinie (2024) verbietet irreführende Umweltwerbung. Demgegenüber schwächen das EU-Omnibus-Paket und das Aufweichen der Sektorziele im Bundes-Klimaschutzgesetz die rechtlichen Rahmenbedingungen.

Besonderes Gewicht hat auch eine Reihe richtungsweisender internationaler und nationaler Gerichtsentscheidungen. Auf internationaler Ebene markieren das EGMR-Urteil im Fall KlimaSeniorinnen v. Schweiz (2024) sowie die Gutachten des ITLOS, IAGMR und IGH (2024–2025) Meilensteine: Sie verankern Klimaschutz als menschenrechtliche Pflicht der Staaten und stärken damit Verfahren vor nationalen Gerichten. In Deutschland bleibt der Klimabeschluss des BVerfG von 2021 der wichtigste Bezugspunkt. Das Gericht erkannte Klimaschutz als verfassungsrechtliche Staatsaufgabe, die im Interesse künftiger Generationen „freiheitsschonend“ umzusetzen ist, und die Beschwerdebefugnis auch für Kläger*innen außerhalb Deutschlands an. Darüber hinaus haben das Katjes-Urteil und das RWE-Verfahren den Handlungsspielraum für künftige Unternehmensklagen erweitert, indem sie sowohl rechtliche Maßstäbe für glaubwürdige Klimakommunikation von Unternehmen als auch für potenzielle zivilrechtliche Haftung etablierten.

Wissenschaftliche Fortschritte in der Attributionsforschung, die Berichte des internationalen Klimarats IPCC und die regelmäßigen Prüfberichte des Expertenrats für Klimafragen bilden wichtige Wissensgrundlagen für Gerichte. Juristische Netzwerke wie *Lawyers for Future* und *Green Legal Impact* erweitern die Expertise und erleichtern den Zugang zu strategischer Prozessführung – auch wenn die Kapazitäten dieser Unterstützungsnetzwerke in Deutschland bislang im internationalen Vergleich begrenzt bleiben.

Gesellschaftlich ist die Resonanz nach wie vor hoch: Die Berichterstattung über Klimaklagen ist überwiegend positiv, und Verfahren wie die „Zukunftsklage“ finden breite Unterstützung. Gleichzeitig beobachten wir die Verdrängung von Klimathemen durch andere Krisen, eine wachsende Konflikthaftigkeit von Klimadebatten, und Angriffe auf Umweltverbände, die mittelfristig auch die gesellschaftliche Legitimation von Klimaklagen untergraben könnten.

Bewertung: Klimaklagen wirken derzeit **überwiegend unterstützend** auf die Klimawende in Deutschland.

Klimaklagen schaffen rechtliche Klarheit, erzwingen Nachbesserungen von Politik und Verwaltung und setzen normative Standards – etwa zu Transparenzpflichten und Werbeaussagen. Ihre Wirkung entfaltet sich sowohl direkt, durch Urteile und deren Umsetzung, als auch indirekt über Diskurse, Medien und politisches Agenda-Setting. Seit 2023 wird in Bundestagsdebatten und Medien häufig auf den Klimabeschluss des BVerfG Bezug genommen – ein Indiz für seine anhaltende Deutungsmacht.

Begrenzt bleibt die Wirkung, weil Klimaklagen innerhalb bestehender Rechtsrahmen operieren und bisher vor allem in bestimmten Kategorien – insbesondere Climate-Washing und staatliche Rahmenbedingungen – erfolgreich sind. Die Umsetzung von Urteilen erfolgt oft schleppend, und politische Gegenreaktionen, etwa die Aufweichung rechtlicher Pflichten, nehmen zu. Parallel steigt die Zahl der Verfahren, die sich gegen Klimaschutz richten.

Insgesamt nimmt die Bedeutung von Klimaklagen als *antizyklischem Treiber* zu: Sie kompensieren politische Stagnation, halten Ambitionsniveaus aufrecht und übersetzen gesellschaftlichen Druck in rechtliche Prozesse. Ihre Zukunft hängt jedoch entscheidend von der Unabhängigkeit der Justiz, der Wahrung zivilgesellschaftlicher Rechte und der Beständigkeit internationaler Rechtsnormen ab. Sollten diese Voraussetzungen bestehen bleiben, wird der Treiber Klimaklagen auch künftig eine zentrale Rolle für die deutsche Klimawende spielen – als juristischer Katalysator in Zeiten politischer Abschwächung. Langfristig steigt jedoch das Risiko eines Backlash, wenn Gerichte der Politik „zu weit“ vorausgehen und als politische Akteure wahrgenommen werden.

Autor*innen:

Stefan C. Aykut, Anna Fünfgeld, Eduardo Gonçalves Gresse, Lukas Hüppauf, Lea Frerichs, Marie Volk

Tabelle 1. Synthese der Treiberanalysen

Treiber	Beschreibung	Dynamik	
Deutsche Klimapolitik im europäischen Rahmen	Der Treiber umfasst politische und rechtliche Maßnahmen zur Emissionsminderung, Klimaschutzrelevante Regulierungen in anderen Politikbereichen und klimapolitische Kommunikation durch Regierung und Parlamente in Deutschland und der EU.	▶ Existierende Rahmengesetzgebung ▶ Förderung erneuerbarer Energien ◀ Stillstand bei Verkehr und Gebäuden ◀ (Angekündigte) Rücknahme wichtiger Regelungen ◀ Fehlendes soziales Korrektiv beim Klimaschutz	
Globale Klimagovernance	Der Treiber umfasst globale Koordinationsversuche, internationale Verhandlungen und transnationale Kooperationen im Rahmen der Klimarahmenkonvention und anderer sektoraler Abkommen, sowie private Initiativen und zivilgesellschaftliche Mobilisierungen auf Klima-COPs.	▶ Abkommen zur Emissionsminderung in der internationalen Schifffahrt ▶ Mediale und politische Aufmerksamkeit für COP30 ◀ Ausstieg der USA aus dem Pariser Klimaabkommen ◀ fehlende oder ambitionslose Klimapläne (NDCs) ◀ unzureichendes globales Ziel zur Klimafinanzierung	
Kommunaler Klimaschutz	Der Treiber umfasst Maßnahmen, Initiativen und Prozesse auf kommunaler Ebene, die auf das Ziel der Klimaneutralität ausgerichtet sind, oder für das Erreichen dieses Zieles direkte Relevanz besitzen. Die gesellschaftliche Einbettung stellt einen zentralen Aspekt der Treiberdynamik dar.	▶ Aufbau kommunaler Kapazitäten (Klimaschutz-Konzepte, Personal) durch Bundes- & Landesförderung ▶ Zunahme kommunale Wärmeplanung ▶ Schub bei Klimaanpassung mit Synergien zu Klimaschutz ◀ Mobilitätswende stockt ◀ Bisher mangelnde Umsetzung der Wärmewende	
Unternehmenshandeln	Der Treiber umfasst alle administrativen, kommunikativen und anwendungsbezogene Handlungen von Firmen, die darauf ausgerichtet sind, Treibhausgase zu reduzieren und die Klimawende voranzubringen, oder aber im Gegenteil die Dekarbonisierung zu verzögern oder bewusst zu blockieren. Es werden die Sektoren Energiewirtschaft, Landwirtschaft und Industrie (insbes. Automobil) untersucht	▶ Abbau fossile Kapitalstock und Aufbau nicht-fossiler Kapitalstock in Energiewirtschaft ▶ Gesamtvolumen Klimaschutzinvestitionen steigt ◀ Kaum Fortschritte im Automobil- und Agrarsektor ◀ Emissionsreduktion in der Industrie stark konjunkturabhängig	

	Kontextbedingungen	Bewertung	Handlungsoptionen
	● Kostensenkungen bei erneuerbaren Energien ● Schuldenpaket mit Klimaschutzkomponente ● Krise der Klimabewegung ● Regierungskoalition ohne klimapolitisches Profil ● Rollback in den USA ● Steigender Energiebedarf durch Aufrüstung, Digitalisierung, KI ● Abnahme medialer Resonanz	<i>Der Treiber wirkt teilweise unterstützend für die Klimawende, aber aktuell nicht stark genug für ein Einhalten der Klimaziele.</i> Existierende Ziele und Regelwerke wirken weiter unterstützend. Dennoch erwarten wir eine Vergrößerung bestehender Umsetzungslücken. Insgesamt steigt das Risiko für Blockade- und Eskalationskaskaden.	• <u>Zivilgesellschaft</u>: COP30 in Belém und Klimaschutzprogramm als Fenster nutzen • Regeln zur Klimaschutzkomponente im Schuldenpaket thematisieren • <u>Politik</u>: Sozialen Ausgleich für Klimapolitik („Klimageld“), insb. ETS-2, planen Stärkung institutioneller Kapazität (Sektorenziele, frühe Nachsteuerungspflicht)
	● Stark fallende Kosten für Solar PV, Batterien und E-Autos ● Erstmals Emissionsrückgang trotz Wachstum in China ● COP-Präsidentschaft Brasiliens ● Kriege und Spannungen ● Aufstieg rechtsautoritärer und ökologiekritischer Bewegungen ● US-Rollback in Klimaschutz und -Wissenschaft ● Boom künstlicher Intelligenz	<i>Der Treiber wirkt teilweise unterstützend für die deutsche Klimawende, trägt aber weniger als zuvor zur Koordination bei.</i> Der institutionelle Rahmen des Pariser Abkommens besteht fort, verliert aber an Steuerungsfähigkeit und Glaubwürdigkeit. Die Wirkung des Treibers nimmt daher in den letzten Jahren kontinuierlich ab. Dennoch profitiert die Klimawende weiterhin von der Orientierung an den Pariser Zielen, der Koordinierung im Rahmen der EU-Delegation, und der medialen Aufmerksamkeit durch jährliche Klima-COPs.	• <u>Zivilgesellschaft</u>: COP30 als Gelegenheit für zivilgesellschaftliche Vernetzung • <u>Politik</u>: COP30 als Gelegenheit für Nord-Süd Initiativen zur globalen Finanzarchitektur • US-Rückzug bietet Chancen für neue klimapolitische Ansätze (z. B. Fossil Fuel Non Proliferation Treaty) • Just Energy Transition Partnerships ausbauen zu Partnerschaften auf Augenhöhe
	● Ziele des Bundes-Klimaschutzgesetzes bieten Orientierung ● Schuldenpaket mit 100Md für Länder und 100Md für Klima ● positive Preisentwicklung bei Erneuerbaren ● neue Handlungsspielräume durch Wärmeplanung ● Abnehmende gesellschaftliche Resonanz ● Politische Unsicherheit ● Unzureichende Finanzierung	<i>Der Treiber kommunaler Klimaschutz wirkt überwiegend unterstützend für die Klimawende, allerdings noch nicht in dem Maße, wie es für ein Erreichen der deutschen Klimaziele erforderlich wäre.</i> Kommunaler Klimaschutz wurde in den letzten Jahren ausgebaut, lokale Initiativen und Bündnisse gegründet. Diese positive lokale Dynamik erscheint (noch) als bemerkenswert resilient. Durch die lokale Ebene könnte die Klimawende eine gewisse Dynamik in der Umsetzung beibehalten.	• <u>Lokal</u>: Erneuerbare nach ‚Raiffeisenprinzip‘ ausbauen • Kooperationen zwischen Verwaltung und lokalen Initiativen ausbauen • Länder & Bund: Langfristige und stabile Förderstrukturen • Klare politische Kommunikation zu Zielen & Maßnahmen • Klimaschutz als kommunale Pflichtaufgabe verankern • Umsetzung von EU Energy sharing directive für lokale Wertschöpfung
	● Verschärfung EU ETS 1 ● Einführung EU ETS 2 ● Erhöhte Unsicherheit in der politischen Regulierung (EU & national) ● Fossile Subventionen/ Rücknahme Agrardiesel ● Korporatistische Verflechtungen in Agrar- und Automobilsektor ● LNG-Infrastruktur und neue Gaskraftwerke	<i>Der Treiber wirkt ambivalent auf die Klimawende, da widersprüchliche Dynamiken in verschiedenen Sektoren und Unternehmendgrößen beobachtbar sind.</i> Der Treiber trägt durch die starke Dynamik im Energiesektor bisher teilweise zur Dekarbonisierung bei. Stillstand in anderen Sektoren und ein schwieriger werdender Kontext deuten nicht darauf hin, dass sich der Beitrag des Treibers erhöhen wird. Mittelfrist bestehen Risiken für die Dynamik bei einer Einführung des EU-ETS 2 ohne sozial flankierende Maßnahmen.	• <u>Unternehmen</u>: Einfluss über Verbände nutzen • Überprüfbare Ziele und konkrete Maßnahmen • <u>Politik & Zivilgesellschaft</u>: Abbau fossiler Subventionen • Regulatorische Pfade beibehalten bzw. verteidigen • Re-Privatisierung von Uniper als Chance für Klima-Umbau • <u>Politik</u>: Institutionalisierte Interessenvermittlung zur Konflikt-Aushandlung • Sozialverträgliche Umsetzung von EU ETS 2

Tabelle 1. (Fortsetzung von vorheriger Doppelseite)

Treiber	Beschreibung	Dynamik	
Veränderung von Konsummustern	Der Treiber umfasst emissionsrelevante Veränderungen in Konsummustern in vier Sektoren: Wohnen, Strom, Mobilität und Ernährung. Konsum verstehen wir dabei als die soziale Praxis der Nutzung und Aneignung von Gütern und Dienstleistungen, die in routinierte Handlungsweisen, kulturelle Bedeutungen und materielle Infrastrukturen eingebettet ist.	► Erneuerbare Energien ► Effizienz durch Innovationen ► Marktanteil von Ökostromtarifen steigt ► Rückgang bei Fleisch und Frischmilchprodukten ◄ Steigender Konsum ◄ Dominanz von technisch-ökonomischen Lösungen ◄ Kaum Sektorenkopplung ◄ Wohnraum als Kapitalanlage ◄ Steigerung Pkw-Bestand, Flugverkehr, Privatjets	
Klimabewegung	Der Treiber umfasst die Klimabewegung und ihre Protestpraktiken. Als Klimabewegung bezeichnen wir ein loses Netzwerk an unterschiedlichen zivilgesellschaftlichen Gruppierungen und Organisationen, die sich für Klimaschutz und Klimagerechtigkeit einsetzen.	► Professionalisierung und Vernetzung innerhalb der Bewegung und darüber hinaus ◄ Rückgang der Proteste seit Lützerath, u.a. wegen Kapazitätsgrenzen und Polizeigewalt ◄ Gegen eskalation durch rechte Kräfte	
Klimaklagen	Der Treiber umfasst Gerichtsverfahren und rechtliche Strategien mit deutlichem Klimabezug. Darunter fallen in erster Linie Verfahren, die mit dem Ziel angestrengt werden, die Dekarbonisierung voranzutreiben und Klimagerechtigkeit herzustellen. Darüber hinaus betrachten wir auch Klagen, die Umweltschutznormen gegen Klimaschutz in Stellung bringen oder sich gegen Klimaschutzmaßnahmen wenden.	► starke Zunahme der Klagetätigkeit seit 2021 ► Zahlreiche erfolgreiche Klagen in den Bereichen Climate-Washing und staatliche Rahmenbedingungen ► Erfolge bei Klagen zur Integration von Klimaaspekten ◄ Verfahren gegen Unternehmen bislang nicht erfolgreich ◄ „Grün-gegen-Grün“-Klagen deuten auf Konflikt zwischen Natur- und Klimaschutz hin ◄ Zunahme von Strafverfahren gegen Klimaaktivist*innen	

Tabelle 1. Synthese der Treiberanalysen.

Erklärung: Unterstützende Dynamiken und Kontextbedingungen kennzeichnen wir mit ► ●, stark unterstützende mit ► ●●. Analog gehen wir vor für hemmende Dynamiken und Bedingungen ► ● / ► ●●

	Kontextbedingungen	Bewertung	Handlungsoptionen
	● Klimaziele, Rahmengesetze und Instrumente zur Umsetzung ● Grundsätzliche Unterstützung für Klima, nachhaltiger Konsum ● Machtstrukturen, konsumorientierte Normen und ‚imperiale Lebensweisen‘ verfestigen fossile Energien und Konsum ● Kein konsistentes politisches Gesamtkonzept für Konsum ● Mangel an stabilen Mehrheiten für Klimaschutz, Bedeutungsverlust durch Backlash ● steigende Armut, soziale Ungleichheit und Abstiegsängste ● Verhaltensänderungen als politisches Reizthema	<i>Der Treiber wirkt verhindernd auf die Klimawende und verringert gegenwärtig die Plausibilität des Erreichens der Klimaziele.</i> Die Dynamik dieses gesellschaftlichen Treibers deutet auf inkrementelle Veränderungen in Richtung Klimaneutralität hin, welche durch Gegenbewegungen und gegenläufige Dynamiken kompensiert werden. Es sind bislang keine tiefgreifenden Trendumkehrungen bzw. Umstellung auf klimafreundliche Konsummuster zu beobachten, was die Plausibilität der Klimawende verringert.	• Politik: Umsetzung strukturell orientierter klimabezogener Regulierungen, politischer Instrumente und Infrastrukturentscheidungen • Sozial ausgewogene finanzielle und steuerliche Anreize (z. B. Klimageld, ökologischer Mietspiegel) • Zivilgesellschaft, Wissenschaft & Politik: Integrierte und intersektionale Lösungsansätze, die Strukturen betonen statt die individuelle Ebene. • Wissenschaft & Politik: Verbesserte Datengrundlagen zu Gebäudebestand, Mobilitätsplanung, Ernährungssicherheit
	● Gut institutionalisierte Umweltbewegung ● Anhaltende gesellschaftliche Resonanz für Klima ● Einschränkung von Handlungsspielräumen (rechtlich, strafrechtlich, polizeilich, finanziell) ● Wachsende Konflikthaftigkeit, Kritik und rechte Mobilisierung ● Konjunktur anderer Themen	<i>Insgesamt wirkt die Klimabewegung weiterhin teilweise unterstützend auf die Klimawende, allerdings deutlich weniger als noch vor einigen Jahren.</i> Insbes. die Verengung zivilgesellschaftlicher Handlungsspielräume und die Konjunktur anderer Themen bewirken, dass die Klimabewegung aktuell deutlich weniger Einfluss geltend machen kann als zu ihren Hochzeiten. Auch im Vergleich zu unserem letzten Bericht ist der Einfluss weiter zurückgegangen.	• Bewegung: Strategische Neuausrichtung bietet Möglichkeit für Verbindung von Klimaschutz mit anderen Themen (issue-linkage). • Politik: Stärkung zivilgesellschaftlicher Handlungsspielräume (u. a. Versammlungsrecht, Gemeinnützigkeit, Entkriminalisierung, Verhältnismäßigkeit bei polizeilichen Maßnahmen)
	● Intern. Gerichte betrachten Klimaschutz als Menschenrecht (KlimaSeniorinnen, Gutachten IAGMR) und Verpflichtung für Staaten (Gutachten ITLOS, IGH) ● ERK-Prüfberichte, Fortschritte Attributionsforschung ● Wegweisende Entscheidungen („Klimabeschluss“, „Katjes“-Urteil zu Climate-Washing) ● Haftung von Unternehmen grundsätzlich möglich (RWE-Fall) ● Aufweichen deutscher und europäischer Klimarechtsnormen ● Pläne zur Einschränkung des Verbandsklagerechts	<i>Der Treiber wirkt überwiegend unterstützend für die Klimawende in Deutschland.</i> Beschränkt bleibt die Wirkung dadurch, dass Klimaklagen grundsätzlich im existierenden Rechtsrahmen argumentieren, bisher nur bestimmte Klagetypen erfolgreich sind, und die Umsetzung von Urteilen komplex ist. Zu beobachten ist auch ein leichter Anstieg an Klagen gegen Klimaschutz und eine Aufweichung von Klimaschutznormen. Klimaklagen wirken antizyklisch und ihre zentrale Rolle für die Klimawende dürfte in Zukunft tendenziell zunehmen, insb. im Falle eines Verfehlens der Klimaziele. Langfristig steigt aber auch das Backlash-Risiko, wenn Gerichte der Politik ‚zu weit‘ voraus sind.	• Politik: Verbandsklagerecht aufrechterhalten und ausbauen • Klimabewegung & Politik: Zentrale Klimaschutznormen beibehalten bzw. verteidigen • Zivilgesellschaft: Transnationale Unterstützungsnetzwerke ausbauen • Finanzierung von Klimaklagen stärken • Klageführende: Bei der Wahl von Klagestrategien und Fällen auch Fragen der gesellschaftlichen Resonanz miteinbeziehen